

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 114 (2017)
Heft: 4

Artikel: "Diese wenigen Fälle kann eine Gesellschaft mittragen."
Autor: Klöti, Martin / Hess, Ingrid
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839782>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Diese wenigen Fälle kann eine Gesellschaft mittragen.»

INTERVIEW Der St. Galler Regierungspräsident und Vorsteher des Departements des Innern Martin Klöti ist seit 1. August Präsident der Sozialdirektoren. Bei der nächsten Reform der SKOS-Richtlinien wird er in dieser Funktion eine wichtige Rolle spielen.

«ZESO»: Herr Klöti, Sie sind seit 1. August Präsident der SODK. Worin sehen Sie Ihre Hauptaufgabe der nächsten Jahre?

Martin Klöti: Es stehen eine ganze Reihe von Reformen an. Die Revision der Ergänzungsleistungen, die Weiterentwicklung der IV und die Neuaufgleisung der Altersvorsorge. Das sind zwar Bundesgesetzgebungen, aber mit grossen Implikationen auf die Kantone. Und es scheint mir auch von grosser Wichtigkeit, dass wir die Solidarität in der Bevölkerung und zwischen den Generationen stärken.

Die SODK repräsentiert 26 sehr verschiedene Kantone und auch die Sozialdirektoren vertreten politisch ein breites Spektrum. Wie geht ein Präsident da vor?

Es ist vor allem wichtig, dass man gut informiert und die Prozesse zeitlich sorgfältig plant. Man muss wissen, wann ein Geschäft reif ist und alle Fragen beantwortet sind. Am Schluss stimmen die 26 Sozialdirektorinnen und -direktoren in der Plenarversammlung per Mehrheitsentscheid ab.

Wo sehen Sie die grossen sozialpolitischen Herausforderungen für die SODK?

Der Spardruck darf nicht auf dem Buckel von Personen in schwierigen Lebenslagen erfolgen. Leistungskürzungen bei den Sozialversicherungen können dazu führen, dass die betroffenen Menschen in die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz fallen. Dies wiederum hat für die Kantone und Gemeinden Mehrkosten zur Folge. Das bestehende soziale Sicherungssystem gilt es zu bewahren. Es ist ein zentraler Pfeiler unserer Wohlfahrt. Auch die Wirtschaft profitiert massgeblich davon. Wir müssen aber die demografische Entwick-

lung abfedern, ohne das Leistungsniveau im sozialen Sicherungssystem zu gefährden. Weiter müssen wir den Kostendruck auf die Bedarfsleistungen dämpfen. Stichworte dazu sind: Alterung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unbezahlte Care-Arbeit. Ein sehr wichtiges Thema bleibt die Frage der Integration von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen. Wir haben also viel zu tun.

Die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV sind zentrale Pfeiler der sozialen Sicherheit. Wie können diese langfristig gesichert werden?

Dies ist ein zentrales Thema für die SODK. Denn der Kostendruck ist für die Kantone immens. Das vorliegende Reformpaket muss aus unserer Sicht nun rasch durchgebracht werden und darf nicht zusätzlich beschwert werden. Weitere Schritte sind sicher nötig, bedürften aber einer eingehenden Prüfung.

Welche Schritte meinen Sie?

Zum Beispiel die Entflechtung von EL und individueller Prämienverbilligung oder Fragen der Langzeitpflege. Grundsätzlich möchten wir Einsparungen erzielen, ohne das Niveau der Leistung für die Individuen senken zu müssen. Das ist gewiss keine einfache Aufgabe.

Bundesrat Alain Berset hat die Diskussion des Neuanlaufs in der Altersvorsorge eröffnet. Welche Anliegen hat die SODK an die nächste Vorlage?

Ich möchte unserer bevorstehenden Diskussion nicht vorgreifen. Nur soviel: Die SODK hatte die Vorlage Altersvorsorge 2020 im Wissen unterstützt, dass es sich um einen Kompromiss handelt; für uns ist die Reform der Altersvorsorge respektive der Erhalt des Vorsorgesystems fundamental. Und die Reform muss schnell kom-

men. Es wäre fatal, jahrelang zu warten, bis der politische Druck immens wird.

Ein wichtiges Thema der SODK ist die Kinder- und Jugendpolitik. 2016 wurden dazu Empfehlungen verabschiedet. Wo werden Sie Akzente setzen?

Im Fokus steht sicher die UNO-Kinderrechtskonvention. Den Kindern und Jugendlichen gehört die Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass sie gute und möglichst gleiche Startchancen bekommen und wir ihnen, wo nötig, zielgerichtet unter die Arme greifen.

Die Behindertenpolitik ist ein weiteres zentrales Dossier der SODK: Welche Herausforderungen gibt es in diesem Bereich?

Auch hier steht die Umsetzung einer UNO-Konvention im Vordergrund. Die knappen Ressourcen der Kantone und Gemeinden stellen dabei eine Herausforderung dar. Wir haben aber in diesem Jahr bereits Strukturen geschaffen, um die Behindertenpolitik gemeinsam mit dem Bund weiterzuentwickeln. Dabei geht es vor allem darum, Möglichkeiten zu schaffen, damit Menschen mit Behinderungen so wohnen können, wie sie sich das wünschen.

Auch für Menschen mit Behinderung ist meist die Arbeitsintegration vorrangiges Ziel.

Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt von Menschen mit Behinderungen bleibt eine Hauptaufgabe. Dabei beobachten wir auch eine wachsende Zahl an Leuten mit psychischen Beeinträchtigungen. Sie sind zwar häufig sehr leistungsfähig, aber nicht zu jeder Zeit. Es ist mir wichtig, dass man für sie besondere Arbeitsbedingungen schafft. Es gibt in einigen Kantonen gute Projekte, die es auf andere



MARTIN KLÖTI

Bilder: Palma Fiacco

Der 63-jährige Martin Klöti ist seit 2012 in der St. Galler Regierung und steht dem Departement des Innern vor. Voraussichtlich bis 2020 wird er die SODK präsidieren. Klöti ist ein Politiker, der auch Tabus anpackt. Er sucht und findet dabei Lösungen auf der Grundlage eines reichen beruflichen und persönlichen Erfahrungsschatzes. So will Klöti in St. Gallen das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen stärken, indem Religionsgemeinschaften – auch die muslimische – eine kantonale Anerkennung erhalten. Auf diese Art, verspricht sich der FDP-Politiker, können diese näher an den Staat herangeholt werden. Er erhält bisher allerdings noch wenig politische Unterstützung.

Kantone zu übertragen gilt. Zentral ist eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Allerdings gilt dasselbe auch für Personen aus der Sozialhilfe und oder mit Migrationshintergrund. In Anbetracht der sinkenden Zahl an niederschweligen Arbeitsplätzen akzentuiert sich hier eine gewisse Konkurrenzsituation.

Die SODK hat sich in den letzten Jahren mit dem Bund im Nationalen Pro-

gramm Armut engagiert. Welches sind für Sie die wichtigsten Erkenntnisse daraus und wie soll es weitergehen?

Dank dem Armutsprogramm konnten neue Erkenntnisse gewonnen und zahlreiche Hilfsinstrumente für Fachpersonen geschaffen werden. Gewonnen ist damit natürlich noch nicht viel, insbesondere für die Betroffenen nicht. Die Arbeiten haben jedoch gezeigt, dass ein grosses Engagement auf vielen Ebenen vorhanden ist und das Zusammenwirken der politischen Ebenen und der Fachebenen gut funktioniert und gewinnbringend ist. Armutsprävention und -bekämpfung ist eine Querschnittsaufgabe und muss eine Hauptaufgabe aller staatlichen Ebenen bleiben.

2015 /2016 hat die SODK zum ersten Mal die SKOS-Richtlinien formal genehmigt. Welche Bedeutung kommt diesem Schritt zu?

Die SKOS-Richtlinien haben einen hohen Stellenwert für die Kantone. Mit dem neu aufgelegten Prozess und der Verabschiedung der politisch relevanten Punkte durch die SODK haben sie nochmals an Akzeptanz und Verbindlichkeit gewonnen.

Was bedeutet es, wenn einzelne Kantone von den Richtlinien abweichen? Aktuelles Beispiel ist die Vorlage im Kanton Bern.

Mit der 1. und 2. Etappe der SKOS-Richtlinienreform hat man gezielt Verbesserungen bzw. Kürzungen angesetzt, dort wo sie sozialpolitisch vertretbar sind. Die grosse Mehrheit der Kantone wendet die SKOS-Richtlinien an und setzt auch die beiden Revisionschritte um, was zur Harmonisierung des Systems beiträgt. Darüber sind wir froh. Zur Sozialhilfegesetzgebung oder Entwicklungen in einzelnen Kantonen äussert sich die SODK nicht. Es werden wohl nie alle Kantone genau das gleiche machen.

Was würde ein Bundesrahmengesetz in der Sozialhilfe bringen?

Die Sozialhilfe ist historisch am wenigsten reguliert; eine höhere Regulierung würde die Verbindlichkeit stärken und die →

«Zentral ist eine frühzeitige Erfassung und Begleitung von Personen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden bzw. den Anschluss verlieren.»



→ Harmonisierung verbessern. Es gäbe eine einheitliche Anwendung von Minimalstandards. Die SODK hat sich in den letzten Jahren aber klar gegen ein Rahmengesetz ausgesprochen. Aus politischer Sicht kommt es für uns momentan nicht in Frage. Denn es geht nicht, dass der Bund ohne Mitfinanzierung neu eine Kernaufgabe der Kantone steuern würde; es würden zudem nur Minimalstandards festgelegt – folglich bestünde nur eine eingeschränkte Harmonisierung. Es bestünde die Gefahr einer Nivellierung gegen unten. Und schliesslich wären Anpassungen nur über einen schwerfälligen und langwierigen Prozess möglich.

Sehen Sie bei der Sozialhilfe Reformbedarf?

Die Sozialhilfe ist ein ganz entscheidendes Element der sozialen Sicherheit. Längst geht sie über ihren eigentlichen Wirkungskreis hinaus, nämlich Personen in Notlagen vorübergehend zu unterstützen. Dies bedingt eine stete Weiterent-

wicklung und Stärkung der Sozialhilfe und damit der SKOS-Richtlinien. Ich möchte in der Sozialhilfe aber nicht nur über Geld reden. Absolut zentral ist die Sozialberatung. Das ist für mich überhaupt die wichtigste Arbeit, die auf den Gemeinden gemacht wird. Wir brauchen dort Leute, die besondere Wege finden können, um die Betroffenen zu unterstützen. Ich habe in den Gemeinden viele Sozialarbeiter kennengelernt, die absolut hervorragende Arbeit leisten.

Integration ist ein allgegenwärtiges Thema. Tun Gemeinden und Kantone genug?

Die Integrationsbestrebungen der Kantone und Gemeinden sind enorm. Die Wirtschaft braucht qualifizierte Arbeitskräfte, die Anzahl der Arbeitsplätze für Schlechtqualifizierte sinkt dagegen tendenziell. Zentral ist eine frühzeitige Erfassung und Begleitung von Personen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie keinen

Zugang zum Arbeitsmarkt finden bzw. den Anschluss verlieren. Dies ist erkannt und wird von Kantonen und Gemeinden umgesetzt. Ohne gezielte Integrationsmassnahmen und die dazu nötigen Mittel beispielsweise für Nachholbildung wird dies aber nicht gelingen. Entscheidend wird sein, wie viel Geld für konkrete Integrationsprojekte bereitgestellt wird. Zudem muss man sich bewusst sein, dass nur ein Teil der Sozialhilfebeziehenden überhaupt integriert werden kann. Viele – zum Beispiel ältere oder traumatisierte Personen – sind nur partiell oder auf langwierigem Weg integrierbar. Diese Personen können an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen, um die soziale Integration zu begünstigen, denn die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist wesentlich. Diese wenigen Fälle kann eine Gesellschaft mittragen. Früher waren eben manche Unternehmen bereit, solche Angestellten mitzutragen. Heute ist das nicht mehr so. Diese Stellen wurden gestrichen. Eine Folge des Effizienzwahns.



Wie sieht es bei der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt aus? Werden die bisher unternommenen Schritte ausreichen?

Das Problem ist auch hier, dass viele niedrigqualifizierte Arbeitsplätze ins Ausland wandern. Es braucht also Investitionen in die Bildung. Die Integrationspauschalen des Bundes belaufen sich zur Zeit auf 6000 Franken. Wir verhandeln nun mit Bundesrätin Sommaruga über die Höhe, denn wir wollen, dass die Pauschale auf 18000 erhöht wird. Dazu brauchen wir zunächst eine Integrationsagenda, denn der Bund will Klarheit darüber, wofür die Kantone die Integrationspauschalen einsetzen werden. Wichtig ist aber immer auch, dass Unternehmer Unterstützung leisten, dass Arbeitgeber ihre Angestellten fördern und sie ermutigen, Sprachkurse zu machen und sie dafür freistellen. Ein sehr einfaches positives Beispiel ist für mich Tibits. Die Angestellten aus 80 Nationen, die bei der Restaurantkette angestellt sind, müssen untereinander Deutsch und nicht Englisch oder Spanisch sprechen. Solche Ansätze finde ich interessant. Generell lohnen sich Massnahmen zur Bildung und Prävention immer.

Welchen Bezug haben Sie zum Thema Armut?

Ich bin froh, nie von Armut betroffen gewesen zu sein. Ich habe aber vor allem ein sehr reiches Leben an Erfahrungen und an Menschen, die ich kennengelernt habe.

Wenn man Ihren Werdegang liest, kommt man aus dem Staunen nicht mehr raus. Sie sind Lehrer, studierter Landwirtschaftsarchitekt, züchteten Angusrinder, waren Miteigentümer einer lukrativen Lachsräucherei, haben ein Hotel geführt und sind Präsident der Aidshilfe Schweiz, um nur ein paar Stichworte zu nennen. Wie prägt dieser vielfältige Hintergrund Ihren Blick auf die Sozialpolitik?

Ich schätze mich glücklich, dass ich immer die Gelegenheit und die Freiheit hatte, Dinge zu tun, die mich interessiert und die der Zeit entsprochen haben. In der Schweiz ist verdächtig, wer keiner klar erkennbaren Karriere folgt. Dabei glaubt man mit viel Wissen und Ausbildung könne man Erfahrung kompensieren. Das stimmt aber nicht. Ich hatte mit Landwirten, Hotelangestellten etc. zu tun und habe Menschen aus aller Herren Länder kennengelernt. Als Politiker habe ich so die Möglichkeit, näher an die Menschen heranzukommen, nicht um ihnen nach dem Mund zu reden, sondern um zu hören, was sie denken.

Wie kommt man als junger Lehrer von der Goldküste dazu, Angusrinder zu züchten?

Das war der Traum der 70er Jahre, autonom zu sein, zu wissen, was es braucht, bis ein Stück Fleisch auf dem Teller liegt. Wir kauften den Bauernhof nicht wegen der schönen Wohnlage, sondern weil wir es schaffen wollten, ihn erfolgreich zu bewirtschaften mit unseren Angus-Rindern, Freiland-Hühnern und Lämmern. Ich besorgte morgens die Ställe und ging dann unterrichten, an einer Mehrklassenschule. Als Lehrer hatte ich auch Kontakt mit Familien, denen es nicht gut ging. Wir hatten auch auf dem Bauernhof eine Hilfskraft, die Alkoholiker war, die keine Mittel hatte und die wir stützen mussten. Unser Bewirtschaftungskonzept führte aber nicht zu einem «break even» und so sind wir in die Lachsräucherei eingestiegen. Dabei habe ich wieder sehr viel gelernt, gearbeitet, wieder dazu gelernt und wieder gearbeitet. Ich hätte mich nach dem Verkauf meiner Anteile an der Lachsräucherei aufs Whiskeytasting und Golfspielen beschränken können, aber ich beschloss, mit 40 noch Landschaftsarchitektur zu studieren. Ich habe einfach immer wieder Lust, etwas zu tun, auch in der Politik – und dies auch, wenn mich meine Partei nicht immer trägt.

Sie haben mal gesagt, Sie bestellen gerne neue Felder, Sie arbeiten hart, bis der Erfolg sich einstellt – beides ist in der Sozialpolitik eher schwierig. Die Sozialpolitik ist ein sehr intensiv bearbeitetes Feld, auf dem Erfolge eher selten geerntet werden können.

Ich denke schon, dass man in der Sozialpolitik etwas bewirken kann. Wenn das Klima unter den Kantonen und mit dem Bund gut ist, dann kann man etwas bewegen. Und ich denke, ein gutes Klima zu schaffen, das ist etwas, was ich gut kann. ■

Das Gespräch führte
Ingrid Hess